

Parteien im Interview: Vollversorgung durch Erneuerbare Energien politisch möglich?

Am 14. Juni 2000 hat die rot-grüne Regierung mit führenden Energieversorgungsunternehmen im Abkommen zum Atomausstieg vereinbart, die Nutzung der Kernenergie in Deutschland geordnet zu beenden. Ende 2001 wurde das neue Atomgesetz dann gegen die Stimmen der damaligen Opposition (CDU/CSU und FDP) vom Bundestag beschlossen. Auch in der großen Koalition wird an dem beschlossenen Atomausstieg festgehalten – doch wie sieht es mit einer möglichen neuen Regierung aus?

energiezukunft hat bei den im Bundestag vertretenen Parteien nachgefragt:

? Wie ist Ihre Position zur Förderung des Ausbaus der EE in Deutschland? Wie wird sich Ihrer Meinung nach der Anteil der EE in Deutschland entwickeln?

■ **Reiche, CDU/CSU:** Bis zum Jahr 2020 wollen wir in Deutschland einen Anteil am Gesamtenergieverbrauch von mindestens 20% und bei der Stromerzeugung von mindestens 30% erreichen. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung in Deutschland tragen.

■ **Kelber, SPD:** Die SPD hat sich hinter die Prognosen der Deutschen Agentur für Luft- und Raumfahrt gestellt, dass die Stromerzeugung in Deutschland bis spätestens 2050 vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Bis 2020 erwarten wir wenigstens 35% der Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energien. Auch der Anteil Erneuerbarer Energien bei Mobilität und Wärme wird schnell ansteigen, wenn wir die 1998 eingeschlagene Politik fortsetzen können!

■ **Kopp, FDP:** Um die Energieversorgung auch zukünftig sicherzustellen, ist ein möglichst breiter Energie-Mix notwendig. Die Förderung erneuerbarer Energien muss so umgestellt werden, dass sie Anreize für Technologien setzt, die sich am Markt ohne Subventionen behaupten können. Der Einsatz erneuerbarer Energien muss durch Einbezug der Wärmeerzeugung auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Dazu gehören auch neue Formen der Energiespeicherung.

■ **Höhn, B'90/Grüne:** Wir brauchen so schnell wie möglich 100% Erneuerbare Energie – zuerst im Strombereich und dann für die Wärme und den Verkehr. Nur so können wir Klimaschutz und Energiesicherheit vereinbaren. Unser Ziel ist 2020 mehr als 40% des Stroms aus Wind-, Wasser-, und Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse zu gewinnen.

■ **Tackmann, DIE LINKE:** Wir setzen uns für eine regenerative Vollversorgung ein. Bis 2020 kann der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor 50% und im Wärmebe-

reich 25% erreichen. So schaffen wir die erforderlichen Klimaschutzziele und in den nächsten zehn Jahren 300.000 neue Arbeitsplätze. Für diesen Weg wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

? Wie steht Ihre Partei zu dem von der Vorgängerregierung beschlossenen Atomausstieg?

■ **Reiche, CDU/CSU:** Wir streben eine Verlängerung der Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken an, bis neue, noch klimafreundlichere, Ressourcen schonende und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Vorrangig ist für uns dabei, das größtmögliche Sicherheitsniveau jeder Anlage zu gewährleisten.

■ **Kelber, SPD:** Die SPD war treibende Kraft hinter den Beschlüssen zum Atomausstieg und hat diesen auch in der Großen Koalition durchsetzen können. Mit der SPD wird es nur eine Regierungsbildung geben können, wenn der Atomausstieg bleibt. Atomenergie ist zu riskant, monopollastig und behindert den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

■ **Kopp, FDP:** Kernenergie ist solange unverzichtbar, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen, oder die Technik der CO₂-Abscheidung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab beherrscht wird. Wenn sich der Bau von Ersatzkraftwerken weiter verzögert, kann eine Versorgungslücke in den nächsten Jahren nur durch ein Weiterlaufen ineffizienter Kohlekraftwerke vermieden werden, wodurch erhebliche Energiepreissteigerungen drohen.

■ **Höhn, B'90/Grüne:** Wir wollen den Atomausstieg wie vereinbart zu Ende bringen. Die Atomenergie ist gefährlich und teuer und trägt weder zum Klimaschutz noch zur Energiesicherheit bei. Eine Laufzeitverlängerung würde den Ausbau der erneuerbaren Energien weit zurückwerfen und wäre ein zu hohes Sicherheitsrisiko.



Katherina Reiche, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Ulrich Kelber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, zuständig für Umwelt, Energie, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit



Gudrun Kopp, Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für Energiepolitik und Welthandelsfragen, Mitglied im Wirtschaftsausschuss sowie im Beirat der Bundesnetzagentur



Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Dr. Kirsten Tackmann, Mitglied des Fraktionsvorstands DIE LINKE und agrar- und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion

■ **Tackmann, DIE LINKE:** Die jetzige Regelung ist unzureichend. Wir sprechen uns für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der gefährlichen und unbeherrschbaren Atomenergienutzung aus. Das bedeutet, dass die ältesten Atomanlagen sofort vom Netz müssen. Beim raschen Zubau erneuerbarer Energien ist dabei eine Stromlücke ausgeschlossen.

? Welche Position nimmt Ihre Partei zu dem Bau weiterer Kohlekraftwerke in Deutschland ein?

■ **Reiche, CDU/CSU:** Der deutsche Kraftwerkspark muss modernisiert und der Neubau effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Ersatz alter durch moderne sauberere Kohlekraftwerke ein Beitrag zum Klimaschutz. Dabei spielen vor allem die Verbesserung der Wirkungsgrade von Kraftwerken und die Erprobung der neuen Technologien der Abscheidung und der Speicherung von CO₂ eine wichtige Rolle.

■ **Kelber, SPD:** Für uns ist der Emissionshandel mit seiner stetig sinkenden Obergrenze an erlaubten CO₂-Emissionen der Garant für Einhaltung der Klimaschutzziele. Alle fossilen Kraftwerke müssen sich ab 2013 diese Berechtigungen kaufen. Umso mehr Kohlekraftwerke neu gebaut werden, ohne alte Kraftwerke abzuschalten, desto unrentabler wird der Betrieb dieser Kraftwerke. Ersatzinvestitionen für besonders dreckige und ineffiziente Uralkraftwerke sind aber möglich, um schnell die CO₂-Emissionen zu senken. Die Zahl der Kohlekraftwerke in Deutschland wird so trotz Atomausstieg sinken.

■ **Kopp, FDP:** Deutschland sollte in der Lage bleiben, den Bedarf an grundlastfähigem Strom ohne Abhängigkeit von Stromimporten herzustellen. Kohle wird auf absehbare Zeit ein Rückgrat deutscher Stromversorgung mit Grundlaststrom bilden. Wegen des hohen schwankungsanfälligen Windenergieanteils kann auf konventionelle Kraftwerke nicht verzichtet werden; neue Kohlekraftwerke müssen jedoch mit Technologie zur CO₂-Abscheidung nachrüstbar sein.

■ **Höhn, B'90/Grüne:** Mit weiteren neuen Kohlekraftwerken können die Klimaziele und der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht erreicht werden. Eine zukunftsfähige Energieversorgung schaffen wir nur mit einer echten Energiewende, ohne Atomkraft und ohne die klimaschädliche Kohle. Für den Übergang brauchen wir flexible Gaskraftwerke, die die Schwankungen bei den Erneuerbaren ausgleichen.

■ **Tackmann, DIE LINKE:** DIE LINKE lehnt den Bau weiterer Kohlekraftwerke ab. Ein Zubau fossiler Großkraftwerke behindert den Ausbau erneuerbarer Energien und führt zu einem Verfehlen der Klimaschutzziele. Dabei ist auch anzumerken, dass die Abscheidung und unterirdische Verklappung von CO₂ keine Lösung darstellt. Dabei handelt es sich um ein teures, auf Kosten des Wirkungsgrades gehendes und nicht erfüllbares Alibi-Technologieversprechen, das nur den jetzigen Zubau weiterer Kohlekraftwerke legitimieren soll. Mittel- und langfristige Lagerungsrisiken sind zudem wahrscheinlich.